



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 4. März 1881.

Nr. 106.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 3. März

Präsident v. Gossler eröffnet die Sitzung um 12¹/₂ Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Maybach, v. Noth, Wallwig, Dr. Stephan u. A.

Der Präsident theilt mit, daß ihm auf die an das Kronprinzliche Ehepaar gerichtete Glückwunsch-Adresse folgendes Antwortschreiben zugegangen ist:

„Die Glückwünsche, welche der Gesamtvorstand des deutschen Reichstages Mir und der Kronprinzessin, Meiner Gemahlin, zur Vermählung Unseres ältesten Sohnes dargebracht hat, verpflichten Uns zu lebhaftem Danke. Wir dürfen in dieser Kundgebung ein Zeichen der Theilnahme erblicken, welche die Vertreter des deutschen Volkes dem jungen Paare bezeugen, welchem mit Gottes Hülfe dereinst beschieden sein wird, in Erfüllung seiner Pflichten gegen das große gemeinsame Vaterland sein eigenes Glück zu finden.“

Friedrich Wilhelm.
Victoria.

Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs betreffend einige Abänderungen der Bestimmung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden hat sich konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Abg. Frhrn. zur Rabenau gewählt.

Tagesordnung:

I. Dritte Berathung der internationalen Uebereinkunft betreffend den Austausch von Postpaketen ohne Werthangabe.

Staatssekretär Dr. Stephan: Der Abg. Herrle habe gestern das Bedauern ausgesprochen, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika noch nicht in der Lage wären, dem Abkommen beizutreten. Er könne darauf nur erwidern, daß es zu diesem Beitritt eines besonderen Gesetzes bedarf. Er befinde sich nun heute in der erfreulichen Lage, dem Hause mittheilen zu können, daß diesbezüglich ein Gesetzentwurf dem Präsidantenhause zugegangen ist, welcher zweifelsohne die Zustimmung der Volksvertretung finden wird, so daß dem Beitritte Nordamerikas zu dem Abkommen nichts mehr im Wege stehen wird.

Abg. Herrle dankt dem Vorredner für diese Mittheilung, dann wird die Vorlage in allen Punkten unverändert genehmigt.

II. Fortsetzung der Etatsberathung.

a. Etat der Reichsdruckerei.

Einnahme 3,253,500 M.; fortdauernde Ausgaben 2,191,980 M., mithin Ueberschuß 1,061,520 M. (Mehr gegen das Vorjahr 108,180 M.)

Abg. Richter richtet an den Vertreter der Regierung die Anfrage, welche Hindernisse der Absicht immer noch entgegenstehen, den Druck des Staats- und Reichsanzeigers in der Reichsdruckerei ausführen zu lassen.

Oberpostdirektor Sasse erwidert, daß diese Absicht nach wie vor besteht, indeß gestatten die Räumlichkeiten auf dem Grundstück der Reichsdruckerei zur Zeit die Ausführung dieser Absicht nicht. Gerade aus finanziellen Rücksichten müsse das bestehende Verhältniß noch aufrecht erhalten werden.

Der Etat wird genehmigt.

b. Etat der Eisenbahnverwaltung.

Einnahmen 37,635,000 M., fortdauernde Ausgaben 26,595,660 M., mithin Ueberschuß 11,039,400 M. (mehr 672,000 M.)

Abg. Berger bedauert, daß durch die Vereinigung der Verwaltung der elsäß-lothringischen Bahnen mit den preussischen Staatsbahnen für die süddeutschen Bahnen mancherlei Nachteile erwachsen. Redner richtet an die Vertreter der verbundenen Regierungen die Anfrage, ob bei den neuerdings in Elsäß-Lothringen getroffenen Maßregeln die preussische Verwaltung mit theilhaftig ist und ob von Seiten der Reichseisenbahnen der frühere Verkehrsverkehr gekündigt worden ist und welche neue Verbandsverträge eingeführt worden sind.

Minister Maybach bezeichnet die Vereinigung der Verwaltung der preussischen mit den Reichsbahnen als eine durchaus zweckmäßige; diese Vereinigung diene sowohl dem öffentlichen Interesse wie den finanziellen Interessen des Reiches. Wenn der Vorredner die Frage aufwerfe, wie er (Redner) sich gegen die Privatbahnen stelle, so erwidere er, daß für ihn obenansteht das allgemeine Verkehrsinteresse; handele es sich um die Interessen anderer

Staaten, so werde er eine neutrale Haltung beobachten. Die Interessen der Aktionäre zu vertreten, dazu habe er keine Veranlassung, sein Grundgesetz sei, nach allen Seiten hin Gerechtigkeit zu üben. Er habe die Zuversicht, daß es gelingen werde, mit den angrenzenden Staaten ein Abkommen zu finden, welches nicht bloß dem allgemeinen Verkehrsinteresse diene, sondern auch die gegenseitigen Interessen genau abwäge.

Abg. Sonnemann erblickt in der Vereinigung der beiden Verwaltungen eine Schädigung der Interessen der süddeutschen Bahnen. Der preussische Minister sei gar nicht im Stande, überall eine vollständig neutrale Haltung einzunehmen. Das elsäß-lothringische Bahnnetz sei groß genug, um eine selbstständige Verwaltung zu erhalten. Die Konkurrenz zwischen den preussischen und den süddeutschen Bahnen würde immer zu Unzufriedenheiten führen.

Abg. Berger verwahrt sich dagegen, als ob er hier als Anwalt der Aktionäre erscheine. Redner hält seine Bedenken gegen die Vereinigung der Verwaltung überall aufrecht, und spricht seine Verwunderung darüber aus, daß der Herr Minister auf seine Fragen die Antwort schuldig geblieben ist.

Minister Maybach versichert, daß der Friede mit den süddeutschen Bahnen bereits thatsächlich hergestellt worden ist. Die abnehmende Rentabilität dieser Bahnen sei viel weniger auf die rückständige Konkurrenz als viel mehr auf kostspielige Bauten zurückzuführen.

Geh. Rath Schulz beantwortet die von Berger aufgeworfenen Fragen dahin, daß neue Verträge nicht angeordnet worden sind, es seien nur die früheren Verträge wieder eingerichtet. Das Verhältniß zu den übrigen süddeutschen Bahnen sei vollständig geregelt.

Abg. Frhr. v. Minnigerode erklärt sich mit den Maßnahmen der Regierung durchaus einverstanden.

Abg. Kiefer bezeichnet das frühere Verfahren der elsäß-lothringischen Eisenbahnverwaltung als eine rückständige Konkurrenz gegen die süddeutschen Bahnen, die allerdings mit großem Geschick geleitet worden seien.

Der Etat wird genehmigt.

c. Einnahme aus dem Bankwesen 1,505,430 Mark.

Abg. Sonnemann erhebt in längeren Ausführungen gegen die Reichsbank-Verwaltung den Vorwurf, daß die Mehreinnahmen des vorigen Jahres lediglich auf Kosten des legitimen Verkehrs erfolgt seien. Redner weist darauf hin, daß diese Bankpolitik dem Geiste des Bankgesetzes widerspricht und wenn dieselbe aufrecht erhalten wird, dann würde das Reich noch in eine schlimmere Lage kommen, als es sich schon befindet.

Bankpräsident v. Dechend macht zunächst darauf aufmerksam, daß die Festsetzung des Zinssatzes schon von deshalb eine sehr schwierige Sache ist. Der Zinssatz in West und Süd sei durchgängig und ausnahmslos ganz verschieden von dem Zinssatz im Norden und Nordosten. In Süddeutschland sei ein Zinssatz von 4 pCt. ungewöhnlich hoch; im Osten sei es unerhört, wenn Jemand, außer der Bank, 4 pCt. nimmt; man verlangt dort 7—8 pCt. Von einer Begünstigung der Bankiers sei nirgend die Rede. Wenn der Vorredner bemerkt hat, daß von der Bankverwaltung im vorigen Jahre der Bankdiskont plötzlich auf 5 resp. 5¹/₂ pCt. erhöht worden sei, so habe er darauf zu erwidern, daß diese Diskonterhöhung nicht erfolgt sei, weil uns die Mittel ausgegangen waren, auch nicht aus Furcht vor der Entziehung von Gold, sondern hauptsächlich, um dem Treiben der Presse entgegenzutreten, als ob unsere Valuta in Frage wäre. Es sei die unwahre Behauptung verbreitet worden, daß man die Ausgabe von Gold verweigere. Er (Redner) habe die betreffenden Blätter aufgefordert, diese Behauptung zurückzunehmen, habe aber zur Antwort erhalten, man müsse erst die Sache näher untersuchen, die Nachricht wäre von Hamburg gekommen. — Die Maßregel habe einen sehr guten Erfolg gehabt und daß es dabei nicht auf Gewinn abgesehen, gehe daraus hervor, daß nach wenigen Wochen der Diskont fast wieder heruntergesetzt worden sei. Was die Privatbanken anlange, so sei die Bankverwaltung bemüht, denselben die möglichste

Erleichterung zu gewähren; sie gehe noch viel weiter, als wozu sie verpflichtet ist.

Abg. Dr. Bamberger ist mit dem, was der Abg. Sonnemann gesagt, nicht durchweg einverstanden. Er stimme demselben nicht bei, daß er sich dem Grundsatze des unbedingt niedrigen Zinssatzes anschließe. Die Bank habe weder die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Zinssatz ein recht hoher, noch dafür, daß er ein recht niedriger sei. Die Bank habe nur der allgemeinen Bewegung zu folgen. Es frage sich also nur, befolgt der Herr Bankpräsident mit seiner Bankpolitik diesen Grundsatz? Dadurch, daß der Bankpräsident mit seiner Lust, Geschäfte zu machen, alle möglichen Wechsel aufkaufe, so schüchtere er damit das Privatkapital ein und schädigt dasselbe auf das Schwerste. Was die Diskonterhöhung anlange, so sei das eine ganz gesunde Maßregel gewesen; aber dieser große Sprung hätte vermieden werden können, wenn eben die Bank sich nicht zu sehr in Wechselkäufen engagirt hätte. Die Aktionäre, daß die Bank nicht mehr Gold zahle, gehe von den Vertretern der Silberwährung aus. Die Börsenorgane hätten in dieser Beziehung Großes geleistet. Wenn der Herr Bankpräsident sagt, es sei niemals Gold verweigert worden, so sei er (Redner) in der Lage, ihm unter vier Augen Fälle namhaft zu machen. Daß man nur 10-Markstücke anbietet, gehöre zwar zu den erlaubten Sünden, aber die Bank müsse auch in diesem Punkte kulant sein, und namentlich nicht den geringsten Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie in der Lage, mit landläufigem Metall zu zahlen.

Reichsbankpräsident v. Dechend: Der Vorredner habe hier viel mehr die Interessen der großen Bankiers vertreten, als die des allgemeinen Verkehrs. Nun sei aber das Diskontgeschäft nach dem Bankgesetz das einzige nach dem Bankgesetz der Reichsbank verbliebene und man könne der Bank nicht vorwerfen, daß sie dieses Geschäft kultivire. Er müsse für alle die Enten, die die Presse über die Bankverwaltung verbreitet, die Verantwortung ablehnen, er sei doch nicht die Börse (Beifall), und er habe niemals gesagt, wir werden aufhören, in Gold zu zahlen und in Silber zahlen. (Beifall.)

An der weiteren Debatte theilnehmen sich noch die Abgg. Sonnemann, v. Kardorff, Dr. Bamberger und Bankpräsident v. Dechend.

Darauf wird der Etat genehmigt. Es folgen die Einnahmen aus den Zinsen belegter Gelder. (Festungsbaufonds 2,219,345 M., Reichseisenbahnbaufonds 350,000 M. und Reichstagsgebäudefonds 1,273,260 M.) Auch diese werden genehmigt.

Die erst rechnungsmäßig zu ermittelnden Theile des Etats werden von der Tagesordnung abgesetzt und ist damit die der Plenarberatung vorbehaltene zweite Berathung des Etats beendet.

Es folgt die Lesung des Antrages Dr. Mendel: „Der Reichstag wolle beschließen, die Wahlprüfungs-Kommission zu beauftragen, dem Reichstage über die am häufigsten vorkommenden Verstöße gegen das Wahlreglement vom 28. Mai 1870 und die mit Rücksicht darauf notwendig erscheinenden Abänderungen des Wahlreglements Bericht zu erstatten.“

Der Antragsteller weist darauf hin, daß schon längst die Nothwendigkeit einer Aenderung des Wahlreglements anerkannt sei; für diese wolle sein Antrag das Material schaffen. Im Interesse der Geheimhaltung der Wahl empfehle er größere Wahlbezirke. Auch müsse der Beeinflussung der Wahlen durch die Behörden besser entgegengetreten werden. Die Statistik der letzten Wahlen lehre, daß in den meisten Fällen es preussische Wahlen gewesen seien, wo wegen Beamtenbeeinflussung auf Ungültigkeit erkannt sei. In den Wahlen müsse der freie Wille der Wähler zum Ausdruck kommen.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Wenn der Herr Vorredner mich auch nicht persönlich genannt hat, so muß ich, da ich als Kanzler für die Richtigkeit der Wahlen besonders verantwortlich bin, auf seine Ausführungen antworten. Ich kann es nur der Würde des Richters ebenso schädelich finden, als der des Beamten, wenn er sich in

agitatortischer Weise an den Wahlen theilnimmt. In Bezug hierauf habe ich mehrfache Anzeigen erhalten, habe die Sache untersuchen lassen wollen, bin aber weder hier im Hause noch sonst auf große Willfährigkeit gestoßen. Auch habe ich von einem Fall gehört, wo ein Reichstagskandidat bei einem Landrathe in dessen Dienstwohnung abgestiegen und von letzterem in seiner Equipage an die verschiedenen Wahlplätze hingeführt worden ist. Wenn nun dieser Landrath den Kandidaten auch nicht direkt empfohlen hat, so hat er doch indirekt seine Kandidatur wesentlich unterstützt. Der Fall war nicht in Preußen, ich habe mich an die betreffende Regierung gewandt, habe aber von dieser eine Abweisung erfahren unter Hinweisung auf das Recht des Landraths auf Ausübung seiner politischen Rechte. Dann habe ich mich an den Landesherren gewandt, bin jedoch von diesem an das Ministerium zurückerwiesen worden. M. H., in diesem Falle handelt es sich nicht um einen Kandidaten und ich sehe, daß der betreffende Herr sich schon zum Worte gemeldet hat. Das Haus wolle aus diesem ersehen, daß die Frage der Beamtenbeeinflussung und Beamtenbeeinflussung bei den Wahlen längst von mir ins Auge gefaßt ist. In anderen Ländern hat man die Beamten, in Amerika auch die Richter von der Theilnahme an der Wahl ausgeschlossen. Mir ist es sehr erwünscht, daß die Frage der Stellung der Beamten zur Wahltagitation weiter urgirt werde und wenn Beamten und Richter von der Beeinflussung der Wahl ausgeschlossen werden.

Abg. Lasker: Er sei wohl der vom Kanzler gemeinte Abgeordnete und der Landrath sei der Abg. Baumbach; übrigens sei es unwahr, daß letzterer ihn nach den Wahlplätzen in eigener Equipage begleitet; wenn der Kanzler lauter so unparteiische Landräthe in Preußen habe, wie dieser sei, so könne er ihm gratuliren. Uebrigens seien die Wahlaufsätze für den Sohn des Fürsten Bismarck schon längst vorbereitet gewesen.

Fürst Bismarck: Die Kandidatur meines Sohnes ist erfolgt ohne jede Aussicht auf Erfolg, aber auf besondere Aufforderung aus dem Wahlkreise, um darzuthun, wie ich zu der Politik des Herrn Lasker stehe. Es ist übrigens sehr gleichgültig, ob der Herr Landrath mit zu der Wahl gefahren ist, denn ein jeder Wähler konnte ja wissen, daß ich der alte Freund, der immer bei unserem Landrath absteigt. Aber ich muß es auch bezweifeln, daß dieses Mitfahren auch nicht in einem einzigen Falle vorgekommen sein soll, da sonst die meiningische Regierung mich auf meinen Irrthum in einer ihrer Erwidierungen wohl aufmerksam gemacht haben würde. Im Allgemeinen hat mich nur die spitzige Art des Angriffs des Herrn Mendel auf die preussischen Verhältnisse dazu gebracht, hierauf einzugehen; aber obgleich ich keinen Namen genannt hatte, mein Gegner doch sofort wußte, wen ich meine, so muß die Sache in Meiningen doch wohl nicht so unschuldig aufgefaßt sein, wie er es darstellt.

Abg. Baumbach: Allerdings sei er der angegriffene Landrath, habe aber nur eine Einladung, die schon seit langer Zeit an Lasker ergangen, aufrecht erhalten. Er habe gar keine eigene Equipage, doch sei er allerdings einige Male mit Lasker zu den Wahlorten gefahren. Wenn er aber als Beamter seine volle Unparteilichkeit gewahrt habe, so müsse er sich auch das Recht wahren, seinen alten lieben Freund Lasker bei sich auch in einer Dienstwohnung aufzunehmen.

Fürst Bismarck: Der Abg. Lasker wird jetzt wohl gehört haben, daß die Begleitung des Landraths nach dem Wahllokale so eben von diesem selbst eingeräumt worden ist, mit Ausnahme der eigenen Karosse. Es war also doch eine Einführung durch den Landrath und die wird wohl nicht so ganz ohne Einfluß geblieben sein, und die Frage, ob sie im Mietswagen oder eigener Equipage erfolgte, ist dabei gleichgültig. Herr Lasker hätte, ehe er mit einer reinen Unwahrheit schuld gab, vorsichtiger sein sollen und da Herr Lasker als intimer Freund des Herrn Landraths bekannt war, hätte ich von seinem Zantgefühl erwartet, daß er als Wahlkandidat nicht bei ihm sein Quartier nehmen werde.

Abg. Hänel hält es für ziemlich gleichgültig, diese Details hier weiter festzustellen, hoffe, daß die Beamten sich nach dem Inhalte der Rede des Kanzlers richten würden, der ihn sehr erfreu-

habe und von dem er hoffe, daß der Kanzler seinen mächtigen Einfluß dafür geltend machen würde. Nicht einzusehen sei, wie der Kanzler zu dem scharfen Unterschiede zwischen richterlichen und Verwaltungsbeamten komme, derselbe entspreche weder den Entscheidungen des Hauses noch der Wahlprüfungscommission.

Fürst Bismarck: Nicht er, sondern der Abg. Mendel trage die Schuld an der kleinlichen Tendenz der Debatte. Aber wenn man Thatsachen, sobald sie der preussischen Regierung zur Last fielen, mit hoher sittlicher Entrüstung behandle, und sobald sie einer andern Partei passirt sind, sie als unbedeutend hinstellen will, so entspreche das doch nicht den Verhältnissen. Diese kleinlichen Dinge des Herrn Lascker und Baumbach würden morgen in der Presse mehr Beachtung finden, als die wichtigen Gesichtspunkte des Herrn Hänel. Wenn aber letzterer die Beamten mit den Richtern in diesem Punkte in ganz gleiche Richtung stellen wolle, so habe er seine, des Kanzlers, Meinung nicht richtig verstanden, da er von den Richtern eine noch höhere politische Unparteilichkeit als von den Verwaltungsbeamten verlange, letztere müßten stets in gewissem Grade für die Regierung Partei nehmen.

Abg. Minnigerode: Ein Theil der heute gehörten Aeußerungen müßte zu der Mißdeutung Anlaß geben, als ob besonders in Preußen Wahlbeeinflussungen stattfänden, dafür sei kein Beweis erbracht und müsse er dem widersprechen. Gerade das agitatorische Auftreten der Richter bei den Wahlen wirke verwirrend, wenn auch Niemand seine politische Meinung und deren Aeußerung verwehrt werden solle, so müsse doch gerade der kleine Mann das Vertrauen zu dem Richter verlieren, der ihm agitatorisch als politischer Feind gegenüber getreten sei. Er hoffe, daß die Gegenpartei das heutige Verdict des Reichskanzlers beachten werde. Bei den Wahlen werde stets von beiden Seiten gefehlt und es liege kein Grund vor, hier zu rekriminieren. Aber gerade die liberale Partei habe am wenigsten Grund, der Richter Vorwürfe zu machen, da erstere bei den Wahlen stets viel lebhafter sei als letztere. Leider. (Beifall.)

Abg. Lascker beklagt sich, daß der Kanzler ihm heute auf solche Weise seine Dankbarkeit bezeige für die vielfährige Unterstützung, die er ihm gewährt.

Fürst Bismarck: Lascker habe gar keinen Anspruch auf Dankbarkeit seinerseits, da er von der Verathung der Verfassung des Reichs an stets seinen Ideen entgegen gearbeitet habe. Seine Zustimmung habe Lascker immer ziemlich theuer verkauft.

Abg. Dreyer nimmt die deutschen Richter gegen etwaige Angriffe auf ihre Unparteilichkeit in Schutz, ist aber damit einverstanden, daß die Richter sich nicht in die Wahlagitazion zu mischen hätten.

Fürst Bismarck: Seine Aeußerung gegen die Richter beruhe darauf, daß er gesehen, wie in den strafrechtlichen Prozessen, wo es sich um Verleumdung oder Verletzung von Polizeibeamten handle, die Schutzmannsknochen nicht sehr hoch angeschlagen würden, daß aber, wo diese Beamten ihre Befugnisse überschritten, sie sehr hart dafür angesehen würden. Auch habe er merkwürdige Erfahrungen mit den von ihm angestellten Verleumdungsprozessen gemacht.

Abg. Kayser hofft, daß nach den Aeußerungen des Fürsten Bismarck eine Wiederkehr von Vorgängen unmöglich sein würde, wie sie neuerdings vom Abg. Stumm gegenüber der Neuenkirchener Zeitung ins Werk gesetzt seien.

Abg. C. Stumm erklärt, nachdem der Abg. Mendel seinem Antrage eine so weitgehende Tendenz untergelegt habe, entgegen seiner früheren Absicht, gegen denselben stimmen zu müssen und rechtsfertigt sich und die übrigen Fabrikanten wegen ihres Vorgehens in der Neuenkirchener Angelegenheit.

Abg. Dr. Windthorst vermißt in dieser Vertheidigung die Species facti, ohne die man nicht darüber urtheilen könne; für den Antrag Mendel werde er stimmen, da das Material, was die Commission zusammentragen würde, nur nützlich sein könne.

Darauf wird nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen der Antrag Mendel angenommen.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr.

Tagesordnung: Rest der heutigen, kleinere Vorlagen.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutschland.

**** Berlin, 3. März.** In meinen Mittheilungen ist nur die Thatsache erwähnt worden, daß Graf Eulenburg in der Mittagsstunde des 26. Februar, nachdem er am Abend zuvor die Bewilligung seines Entlassungsgesuches erhalten, die auf dem Ministerium anwesenden Räte um sich versammelt und von ihnen in kurzen und bewegten Worten Abschied genommen habe. Der Inhalt dieser Worte wurde von mir nicht einmal angedeutet. Wenn aber jetzt von anderer Seite hauptsächlich wird, der Minister habe seinen Rücktritt als geboten von der Würde des Amtes und von dem Interesse aller nachfolgenden Minister dargestellt, so kann ich mit aller Bestimmtheit versichern, daß dies eine völlig aus der Luft gegriffene Unterstellung ist. In Wahrheit hat der Minister vielmehr ausdrücklich gesagt, daß er es nicht angemessen finde, an dieser Stelle auf die Gründe seines Rücktritts einzugehen.

Ausland.

Wien, 3. März. (B. L.) In diplomati-

schen Kreisen verlautet, mehrere Mächte fassen ernstlich folgenden Vergleich zwischen Griechenland und der Türkei in's Auge: Thessalien abgetrennt, Epirus verbliebe der Türkei. Frankreich befürwortet ebenfalls einen derartigen Vergleich, Deutschland, Oesterreich und Rußland wären einverstanden, die Annahme des Vorschlages seitens der Theilnehmenden indeß zweifelhaft.

Die „Politische Korrespondenz“ meldet, die Pforte ertheile dem Gouverneur von Candia den strikten Befehl, sämtliche auf Kreta befindliche öffentliche Gebäude und Besitzungen schleunigst zu verkaufen. Behufs rascher Durchführung des Verkaufes seien alle möglichen Konzessionen bezüglich des Preises und der Erlegung des Kaufschillings den Käufern gewährt. Es herrscht darob in Kreta große Aufregung. Man vermuthet, die Pforte wolle sich auf solche Art Geld verschaffen. Auch die Eventualität der Abtretung Kretas an Griechenland wird diskutiert.

Rom, 3. März. Heute am Jahrestage der Krönung des Papstes fand in der kirchlichen Kapelle ein Hochamt mit allem Pompe früherer Tage statt. Der Kardinal Alimonda pontificirte. Papst Leo, mit der Tiara geschmückt, ertheilte den Segen. Außer sämtlichen Mitgliedern des Kardinalskollegiums waren von hervorragenden Gästen anwesend die russischen Großfürsten Paul Sergius und Konstantin, die schwedischen Prinzen Oskar und Carl, der Großmeister des Maltheiserordens Fürst Ceschi.

London, 3. März. Der eigentliche Kampf der Tories gegen das jetzige Cabinet beginnt erst heute. Lord Lytton's Antrag bezüglich Kandahars, welcher die Räumung dieser afghanischen Stadt verlangt, ist ein direktes Tadelvotum und die Majorität des Oberhauses ist diesem Antrage gesichert. Die radikale Partei des Unterhauses unter Lawson beschloß, in allen Städten Meetings gegen den Transvaalkrieg zu organisiren, sowie Gladstone an die Erfüllung seiner hierüber gemachten Versprechungen zu ermahnen.

Provinzielles.

Stettin, 4. März. In der heutigen Sitzung des Oberlandesgerichts wurde der Redakteur des hier erscheinenden „General-Anzeigers“, F. Klug, wegen Verleumdung unseres Chef-Redakteurs, Herrn R. Graßmann, zu 1 Monat Gefängniß und der Kaufmann E. Schrieber von hier wegen gleichen Vergehens zu 150 Mark Geldstrafe event. 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Einen näheren Bericht über die Verhandlung bringen wir in nächster Nummer.

Gestern Abend gegen 9 Uhr entstand in der Lindenbergschen Dachpappenfabrik am Zollstrom Feuer, welches sich sehr schnell verbreitete und durch den hellen Schein weithin sichtbar war. Die hiesige Feuerwehr war an der Brandstelle, doch gelang es erst nach mehrstündiger Arbeit, dem verheerenden Element Einhalt zu thun, so daß erst gegen 12 Uhr jede Gefahr beseitigt war. Fast die ganze Fabrik ist eingeeigert und sind nur die Gebäude verschont, während Materialien im Werthe von 1500—2000 Mark, welche mit verbrannt sind, nicht verschont waren. Das Feuer ist durch Unvorsichtigkeit eines Kutschers herbeigeführt, welcher eine brennende Petroleumlampe unbeaufsichtigt im Stalle stehen ließ.

Der städtische Hauptlehrer Sch. stürzte vorgestern beim Passiren des Trottoirs in der H. Domsstraße so unglücklich, daß er sich eine Verstauchung des linken Armes zuzog.

Dem Eigenthümer Fiebelkorn zu Unter-Bredow wurde vor einigen Tagen ein Sparkassenbuch über 279 Mark gestohlen und ist der Schmiebegeselle Paul Brandenburg unter dem Verdachte, den Diebstahl ausgeführt zu haben, gefänglich eingezogen worden. Gestohlen wurde ferner: In der Nacht vom 1. zum 2. d. Mts. von dem Trockenboden des Grundstücks Barnitzstraße 39/40 eine Partie Wäsche im Gesamtwerte von 42 Mark und vorgestern aus einer Kellerwohnung Grabowerstraße 18 ein Damen-Mantel im Werthe von 30 Mark.

Gestern Abend wurde der in der Breitenstraße wohnhafte Arbeiter Winkemann auf der Moltkestraße von mehreren Personen überfallen und derart durch Messerstücke mißhandelt, daß er nach seiner Wohnung geschafft werden mußte. Die unterverheiratete Anna G. i. g. h. n., welche sich an der Prügelei betheiligte, wurde verhaftet, während die übrigen Personen gelang, zu entkommen. Die Verurtheilten sind jedoch festgesetzt, so daß sie ihrer gerechten Bestrafung nicht entgehen werden.

Ausruf zur Bildung eines Stettiner Fischerei-Vereins.

Seitdem die sogenannte künstliche Fischzucht sich mehr und mehr verbreitet und die Wissenschaft dem gefangenen Fischereiwesen sich hülfreich zuwendet, ist schon an unzähligen Stellen in allen Erdtheilen ein erfreuliches Wiederaufblühen der meist sehr heruntergekommenen Fischerei festzustellen gewesen.

Nachdem viele Einzelne, viele Vereine, Behörden und Kommunen, zum Theil schon seit lange, Nützliches, Nützliches und auch Gewinnbringendes in dieser Hinsicht bewirkt und geleistet haben, so unter vielen anderen z. B. der Magistrat zu Eöslin mit seiner vorzüglich gediegenen Edelfischzucht in der Stadtförst am Gollenberge; nachdem auch der ergebene Unterzeichnete seit 1875 hier in und bei Stettin die Edelfischzucht eingeführt hat und damit bewiesen ist, daß dieselbe hier nicht nur möglich, sondern auch heimathsberechtigt ist, so ist den-

noch leider Stettin, die Hauptstadt und der Haupt-Fischhandelsplatz Pommerns, in obiger Hinsicht bisher fast ganz unthätig und dadurch weit hinter anderen, viel unbedeutenderen Orten zurückgeblieben.

Es läßt sich aber doch bestimmt annehmen, daß in der Hauptstadt Pommerns, dem groß gewordenen Stettin, sich Viele befinden werden, die an dem volkswirtschaftlich so überaus wichtigen und wirksamen Wiederaufblühen der heimischen Fischerei reges Interesse haben und gern warmen Antheil nehmen werden, wenn die Gelegenheit dazu sich ihnen bietet.

Darum sei hiermit an alle Freunde der Fischerei und eines guten Gerichts Fische die freundliche Einladung gerichtet, zur Bildung eines Stettiner Fischerei-Vereins sich gegenseitig die helfende Hand zu reichen, sich zu diesem guten, nützlichen und nach vielen Ausweisen auch einträglichem Zwecke zunächst zu besprechen und recht bald mit Lust und Liebe zum Werke zu schreiten.

Um in dieser opferreichen Zeit keinen Freund der guten Sache durch Scheu vor neuen Opfern zurückzuführen, sei hiermit von vornherein vorgeschlagen, den Jahresbeitrag möglichst niedrig, vielleicht auf 2 oder 3 Mark festzusetzen. Es läßt sich mit gutem Willen und richtiger Leitung auch mit kleinen Mitteln Großes erreichen.

Die löbliche Redaktion der hiesigen „Deutschen Fischerei-Zeitung“ ist gern bereit, geneigte Anmeldungen resp. Unterschriften entgegenzunehmen. G. Böck.

Kunst und Literatur.

Doornikant Koolman, Wörterbuch der ostfriesischen Sprache. Norden, Verlag von Braams, 11. Heft. Wir haben schon wiederholt auf dieses ausgezeichnete Wörterbuch aufmerksam gemacht, welches zu dem Besten gehört, was wir aus dem Gebiete der Sprachwissenschaft besitzen. Der Verfasser, ein gediegener Forscher, verfolgt nicht nur den Gebrauch jedes Wortes, sondern geht auch auf die Ableitung der Worte ein. Sein Wörterbuch ist daher für alle Deutsche, namentlich aber für die Niederdeutschen von weittragender Bedeutung; möchte es recht weite Verbreitung finden. [44]

Schmöcke, die Verbesserung unserer Wohnungen nach den Grundrissen der Gesundheitslehre. Wiesbaden bei Bergmann. Das Buch enthält manches Beachtenswerthe, dagegen hat uns der Abschnitt über Ventilation wenig angeprochen. Da ist in neuester Zeit denn doch schon Besseres und billiger geleistet. [46]

Germisches.

Schwerin. Sekonde-Lieutenant v. Stralendorff II. vom hiesigen Jäger-Bataillon begab sich am 28. v. Mts. mit Tagesanbruch in Begleitung zweier Forstbeamten nach dem Medeweger See, um einen wilden Schwan zu erlegen, was ihm am vorigen Sonntag bereits einmal gelungen war. Bald wurde auch ein Schwan auf dem Eise des Sees entdeckt, und die drei Schützen versuchten nun, sich an den Schwan heranzuschleichen. Lieutenant von Stralendorff II. kletterte an einem Abhang entlang, glitt aber aus, die Büchse entlud sich, und der Schuß ging ihm in die Brust. Die beiden Begleiter liefen schnell hinzu und holten Hilfe aus dem nahegelegenen Medewege, von wo ein Bote nach Schwerin eilte. Oberstabsarzt Dr. Piper und mehrere Offiziere vom Jäger-Bataillon trafen den Verwundeten auch noch am Leben; aber jede ärztliche Hülfe war vergeblich und gegen 11 Uhr verschied der junge Offizier, betrauert von seinem älteren Bruder, der erst nach eingetretenerm Tode in Medewege eintreffen konnte, da er auf Wache sich befand, und von den noch lebenden Eltern, welche schon von einem ähnlichen Schicksalschlag heimgeführt worden sind: Vor etwa Jahresfrist ereignete sich hier ein Rencontre zwischen zwei jungen Militärs und zwei Civilisten, bei welchem einem der ersteren der Säbel entzissen und zerbrochen wurde. Der Entwaflnete, durchaus unschuldig an diesem Skandal, kam in Untersuchung, die für ihn zweifellos einen günstigen Ausgang genommen hätte. Er nahm sich die Sache aber sehr zu Herzen und erschoss sich während der Untersuchung. Dieser junge Portepée-Fähnrich vom Schweriner Jäger-Bataillon war ein jüngerer Bruder des Lieutenants, welcher am 28. v. Mts. auf so traurige Weise um's Leben kam.

(Einwirkung des Lichtes auf das Bier.) Die Zeitschrift „Gambrius“ schreibt: „In manchen Gegenden gilt es noch heute als Erfahrungssatz, daß das Bier in steinernen Krügen sich besser halte als in Flaschen. In neuerer Zeit ist die Sitte abgekommen, weil es von Vielen als Vorurtheil gehalten wurde. Nun hat man aber durch Versuche nachgewiesen, daß das Bier in wasserhellen Flaschen, dem Sonnenlichte kurze Zeit ausgesetzt, verdirbt und einen unangenehmen Geschmack annimmt. Dasselbe gilt auch für hellgrüne Flaschen. Bier sollte deshalb nur in Flaschen von möglichst dunklem Glase aufbewahrt werden.“

Paris. Auf einem der letzten Opernbälle hat sich eine junge Frau mit einem Dolch erschossen. Sie sah ihren Gatten mit einer andern Dame im Arm durch den Saal gehen, und als das Paar an ihr vorüberging, stieß sie sich mit den Worten: „Du siehst, jetzt bin ich sicher, daß Du mich täuschst.“ den Dolch in die Brust.

London. 50,000 Mt. mußte die Great Northern-Eisenbahn an einen Handlungsreisenden zahlen, der bei einem Zusammenstoß auf dieser Linie eine Verletzung des Rückens davon trug, durch welche er für länger als zwei Jahre arbeitsunfähig wurde.

Telegraphische Depeschen.

Baderborn, 3. März. Gutem Vernehmen nach hat das hiesige Domkapitel in diesen Tagen einen Bischofskronrevisor gewählt.

Strasbourg i. E., 3. März. Es bestätigt sich, daß in der hiesigen bischöflichen Diözese die kirchlichen Gebete für den Kaiser und das kaiserliche Haus angeordnet sind. Der von dem Bischof Dr. Naef zu den diesjährigen Fasten erlassene Hirtenbrief enthält die Mittheilung, daß der Papst den Bischof mittelst besonderer Zuschrift vom 12. Januar c. ermächtigt, dem bestehenden Gebrauche der katholischen Bischofskronen des deutschen Reichs beizutreten und gleich denselben für den regierenden Kaiser und das kaiserliche Haus kirchlich zu beten.

Stuttgart, 3. März. Die Finanzcommission der Abgeordnetenversammlung beantragt, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrath auf die Einführung des Tabaksmonopols hinzuwirken.

Pest, 3. März. Unterhaus. Istoczky richtete eine Interpellation an die Regierung betreffend das Verbot der beabsichtigten Antisemitenversammlung. Der Ministerpräsident Tisza erwiderte, es sei die Pflicht der Stadthauptmannschaft gewesen, eine Versammlung zu verhindern, in welcher man die Religionsfreiheit und den Racenhass so zu sagen auf die Straße jerten wollte.

Paris, 3. März. Deputirtenkammer. Clemenceau kündigte an, daß er am nächsten Abend die Regierung über die Sendungen von Waffen und Munition nach Griechenland interpelliren werde.

Der Handelsminister Tirard erwiderte auf eine Anfrage Haentjens, das Verbot des Imports von trichinösem Fleische werde aufgehoben werden, sobald die obligatorische Fleischschau eingeführt sei.

Senat. Gavardie interpellirt die Regierung über deren Politik, griff sämtliche Minister festig an und sprach von einer geheimen Mitregierung Gambettas. Die Minister lehnten es ab, auf die Interpellation zu antworten, da die vorgebrachten Thatsachen unrichtig seien. Hierauf wurde der Schluß der Debatte über die Interpellation angenommen.

Paris, 3. März. In Folge des Selbstmordes des Generals Rey hat der Untersuchungsrichter Guyot im Hause der nach Belgien geschickten Kupplerin Leroy deren Korrespondenz säffren lassen. Die feinsten Namen des Pariser Highlife erscheinen durch diese Papiere kompromittirt. Barone, Marquis und Grafen sind darunter. Seltener Weise gab Guyot, wie verlautet, den kompromittirten Personen die sie betreffenden Briefe zurück. Ueber den Vorfall ist eine geheime Untersuchung im Gange. Eingeweihte behaupten, es stehe ein immenser Skandal bevor. Die Angelegenheit Heilbrunnner ist beigelegt. Die Regierung zahlt eine bedeutende Entschädigung. Die Herausgebung des Briefportos auf 10 Centimes steht für ganz Frankreich bevor.

Londoz, 3. März. Oberhaus. Lord Lytton bringt seinen bereits früher angekündigten Antrag wegen der beabsichtigten Räumung von Candahar ein und begründet denselben in einer längeren Rede, in welcher er hervorhebt, der Befehl Candahars sei nothwendig, um dem russischen Einflusse in Afghanistan entgegenzutreten. Die Debatte dauert noch fort.

Unterhaus. Fortsetzung. Bei der fortgesetzten Debatte über die zweite Lesung der trischen Waffenbill befürwortete Dillon den Bürgerkrieg und meinte, man müsse die Grundbesitzer erschließen, wenn sie die Pachtungen betreffen. Dillon wurde deshalb vom Sprecher zur Ordnung gerufen. Healy wurde wegen Mißachtung des Sprechers mit 233 gegen 15 Stimmen von der Sitzung ausgeschlossen. Parnell war im Hause anwesend.

London, 3. März. Nach einem Telegramm der „Times“ aus Paris würde sich der Betrag der neu zu emittirenden 3prozentigen amortisirebaren Rente im Ganzen auf 1,030,000,000 Francs belaufen. Die Emission solle am 24. d. Mts. stattfinden und offiziell 10 Tage zuvor angekündigt werden. Der Emissionskurs würde 82 Francs 50 Cts. betragen.

London, 3. März. Unterhaus. In der heutigen Sitzung erschien der Premier Gladstone zum ersten Male nach seinem Unfall und wurde auf das Enthusiasmische empfangen.

Auf eine bezügliche Anfrage erklärte der Staatssekretär des Krieges, Childers, sobald alle Verstärkungen in Natal eingetroffen sein würden, würden sich dort über 15,000 Mann befinden.

Washington, 3. März. Das Repräsentantenhaus hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch welchen die Fundingbill dahin abgeändert wird, daß die freiwillige Liquidation der Nationalbanken, welche durch die Fundingbill gefährdet war, wie bisher gestattet wird.

Man glaubt allgemein, daß der Präsident Hayes die Fundingbill mit seinem Veto belegen werde. Indes ist noch kein festes Zeichen vorhanden, welches die Voraussetzung rechtfertigt. Der Senator Hoar hat eine neue Fundingbill ohne die Bestimmungen des Artikels 5 eingebracht und will die Annahme derselben durch den Kongreß zu erwirken suchen, falls der Präsident Hayes die gegenwärtige Fundingbill mit seinem Veto belegen sollte.

Washington, 3. März. Präsident Hayes hat die Fundingbill mit seinem Veto belegt.

Entbindungs-Anzeige.

Heute wurde uns ein kräftiger Knabe geboren. Stargard, den 3. März 1881.

Nachstehend: Ritschl und Frau Elisabeth, geb. Stahl.